

PRESSEMITTEILUNG

21. Juli 2004

Umwelt- und Verkehrsminister Stefan Mappus: Mit dem Bau der Straßenbahn nach Heidelberg-Kirchheim wird begonnen

Erster Spatenstich am 21. Juli 2004 - Land fördert das 33 Mio. Euro ÖPNV-Projekt mit 85 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten

"Der Bau der neuen Straßenbahn in den Heidelberger Stadtteil Kirchheim ist ein weiterer Meilenstein in der Straßenbahngeschichte von Heidelberg", sagte Umwelt- und Verkehrsminister Stefan Mappus anlässlich des ersten Spatenstichs am Mittwoch (21. Juli 2004) in Heidelberg. Der Ausbau des Straßenbahnnetzes in Heidelberg sei schon in der Vergangenheit nachhaltig vom Land unterstützt worden. "Wir haben alles daran gesetzt, dass das Vorhaben nicht an den knappen Haushaltsmitteln scheitert und der 18.000 Einwohner zählende Stadtteil Kirchheim an das Straßenbahnnetz von Heidelberg angeschlossen werden kann," erklärte Minister Mappus.

Die Streckenlänge beträgt rd. 4,4 km und es sind insgesamt neun behindertengerechte Haltestellen vorgesehen. Am Römerkreis in Heidelberg erfolgt die Verknüpfung mit den vorhandenen Gleisanlagen der Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG (HSB). Die Kosten betragen rd. 33 Mio. Euro. Das Land wird sich im Rahmen der künftigen finanziellen Möglichkeiten mit 85 Prozent an den zuwendungsfähigen Kosten beteiligen. Über die genaue Förderhöhe kann allerdings erst nach der abschließenden fachtechnischen Prüfung entschieden werden. Nach Mitteilung des Ministers muss sich die Heidelberger Straßen- und Bergbahn AG als Verkehrsunternehmen bzw. die Stadt Heidelberg darauf einstellen, dass eine Förderung aufgrund der äußerst angespannten Mittelsituation nicht zeitnah erfolgen kann. Eine erste Förderrate kann nicht vor 2007 bereit gestellt werden.

Kernerplatz 9
70182 Stuttgart

Telefon
(0711)1 26-27 81 - 84

Telefax
(0711) 1 26-28 80

e-mail
Poststelle@uvm.bwl.de

"Der öffentliche Personennahverkehr ist immer dann erfolgreich, wenn das Angebot stimmt, ein attraktives und modernes Wagenmaterial und ansprechende Verkehrsanlagen geboten werden und die Fahrzeuge dort halten, wo die Menschen wohnen, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen", so Minister Mappus.